

Deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik in der Jahresmitte 1973

Der Preisanstieg beschleunigt sich weiter. Im Mai 1973 mußte ein vierköpfiger Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 8,3 vH mehr aufwenden als ein Jahr zuvor, um die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen einkaufen zu können. Zum Jahresbeginn lag die Teuerungsrate „erst“ bei 6,5 vH, vor einem Jahr sogar „nur“ bei etwas über 5, vH. Es muß befürchtet werden, daß die Verbraucherpreise zunächst, bis zum Herbst, noch weiter klettern. Dabei ist der Preisanstieg weltweit, und die Bundesrepublik nimmt keineswegs die Spitzenposition auf der internationalen Leiter der Teuerung ein; vielmehr hat sie einen Platz im Mittelfeld. In Großbritannien hatte sich z. B. die Lebenshaltung im Mai gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat um 9,5 vH, in Italien um 11,1 vH, in der Schweiz (April) um 8,4 vH verteuert.

Freilich ist dies kein Trost für diejenigen, die von dem Anstieg der Verbraucherpreise besonders betroffen sind. Hierzu gehört neben den Rentnern der weitestgehend größte Teil der Arbeitnehmerschaft; ihm fehlt das Vermögenspolster, um sich gegen die ständige Geldentwertung erfolgreich absichern zu können. Deshalb hat der Deutsche Gewerkschaftsbund das vom Bundestag gebilligte und — nach einem Einspruch der Bundesratsmehrheit und einigen Veränderungen — Mitte Juni auch vom Bundesrat akzeptierte Zweite Stabilitätsprogramm der Bundesregierung im ganzen begrüßt.

Das Stabilitätsprogramm

Dieses Programm ergänzt die am 17. Februar von der Bundesregierung beschlossenen stabilitätspolitischen Maßnahmen. Es zielt darauf ab,

„durch steuerpolitische Maßnahmen die private Nachfrage insbesondere bei den

Investitionen, im Wohnungsbau und von Beziehern höherer Einkommen auf die Produktionsmöglichkeiten zurückzuführen,

auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte . . . Einschränkungen bzw. Streckungen zu erreichen und auf der Einnahmeseite konjunkturell überhöhte Steuererhöhungen durch Reduzierung der geplanten Nettokreditaufnahme . . . zu neutralisieren und darüber hinausgehende Steuererhöhungen stillzulegen,

die Fortsetzung der restriktiven Geld- und Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank durch parallele Operationen der öffentlichen Hand zu unterstützen . . . ,

durch Maßnahmen im Bereich der Handels-, Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik die Stabilitätspolitik zu verstärken¹⁾“.

Dämpfung der Investitionstätigkeit

Schwerpunkt des Programms ist die Dämpfung der Investitionstätigkeit. Diesem Ziel dient eine zeitweilige Investitionsteuer von 11 vH, die einjährige Aussetzung der degressiven Abschreibung sowie der Abschreibungsvergünstigung nach § 7b des Einkommensteuergesetzes und vor allem auch die Stabilitätsabgabe für alle Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen bei Ledigen 24 000 DM und bei Verheirateten 48 000 DM übersteigt; sie beträgt — nach einer Übergangszone bis zu 29 000/58 000 DM Einkommen mit niedrigeren, gestaffelten Sätzen — 10 vH der Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld. Schließlich sollen die Steuervorauszahlungen an die Gewinnentwicklung angepaßt werden.

Die Gemeinschaftsausgaben von Bund und Ländern für den Hochschulbau und die regionale Strukturpolitik werden 1973 um rund 1 Mrd. DM, alle rechtlich nicht gebundenen Bundesausgaben um rund 700 Mill. DM sowie die Nettokreditaufnahme

1) Monatsbericht des Bundesministers für Wirtschaft zur Wirtschaftslage, H. 5/1973.

von Bund, Ländern und Gemeinden um rund 5,5 Mrd. DM gekürzt. Soweit die durch den Boom entstehenden Steuermehreinnahmen nicht zu dieser Minderung der Gesamtkreditaufnahme verwendet werden, sollen sie auf einem Sonderkonto bei der Bundesbank stillgelegt werden. Die Bundesregierung hat an die Bundesländer appelliert, ebenfalls alle rechtlich nicht gebundenen Ausgaben um 5 vH zu kürzen und konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen bei der Bundesbank stillzulegen. Schließlich wurden die Rentenversicherungen aufgefordert, 1973 bei der Bundesbank 2,5 Mrd. DM verzinslich stillzulegen.

Einfuhrerleichterungen sollen den Wettbewerb fördern. So ist eine „De-facto-Liberalisierung“ der Einfuhren aus den Ostblockstaaten vorgesehen. Die Bundesregierung will sich um eine lineare Zollsenkung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bemühen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll der Wettbewerb gefördert werden, indem z. B. Aufträge mehr als bisher öffentlich ausgeschrieben werden und der Staat sich zurückhält, soweit die Nachfrage auf regionalen Märkten zu groß ist. Ferner sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, um ausländische Firmen bei der Auftragsausschreibung zu berücksichtigen.

Verstärkte Kartellgesetzgebung

Zu dem Stabilitätsprogramm gehörte auch die rasche Verabschiedung der Kartellgesetznovelle. Sie ist inzwischen, am 14. Juni, im Bundestag erfolgt; die Novelle wurde einstimmig angenommen. Sie sieht unter anderem die Einführung der vorbeugenden Fusionskontrolle vor, rückwirkend ab 7. Juni. Das Bundeskartellamt erfaßt nunmehr alle Zusammenschlüsse von Unternehmen, deren addierter Jahresumsatz 500 Millionen DM übersteigt. Es kann gegen diese Fusionen vorgehen, falls sie nicht nachweisen können, daß durch die Fusion Verbesserungen in den Wettbewerbsbedingungen erreicht werden, die die aus der Marktbeherrschung sich ergebenden Nachteile überwiegen. Die Kartell-

novelle verschärft außerdem die Mißbrauchsaufsicht des Kartellamtes; der Begriff „Marktbeherrschung“ wird konkreter gefaßt; künftig genügt die Vermutung einer Marktbeherrschung bei einem Marktanteil von einem Drittel, um ein Eingreifen des Kartellamtes auszulösen. Künftig sind auch Wettbewerbsbeschränkungen durch aufeinander abgestimmtes Verhalten von Unternehmen verboten. Durch die Kartellnovelle wird endlich die Preisbindung verboten. Hersteller von Markenwaren haben künftig nur noch die Möglichkeit, *unverbindliche* Preisempfehlungen auszusprechen, für die die Mißbrauchsaufsicht verschärft wurde. Die Kartellnovelle führt einen Schritt weiter, in der Praxis werden sich bei vielen Einzelregelungen in dessen Unzulänglichkeiten zeigen.

Zu einer spürbaren Geldverknappung hat die Politik der Bundesbank beigetragen, die durch das Stabilitätsprogramm unterstützt werden soll. Allerdings konnte die Bundesbankpolitik erst wirksam werden, nachdem die Bundesrepublik Mitte März, gemeinsam mit fünf anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft sowie mit Schweden und Norwegen, zum gemeinsamen Floaten gegenüber dem US-Dollar übergangen war. Ab 4. Mai erhöhte die Bundesbank den Diskontsatz von 5 auf 6 vH und den Lombardsatz von 7 auf 8 vH; ab 1. Juni erfolgte eine weitere Heraufsetzung auf 7 vH bzw. 9 vH. Den Banken gewährt die Bundesbank seit dem 1. Juni bis auf weiteres keinen Lombardkredit mehr. Das Geld wurde von der Bundesbank nicht nur verteuert, sondern auch erheblich verknappt, indem die Mindestreserven, die die Banken bei der Bundesbank zinslos anlegen müssen, mehrfach erhöht und die Rediskont-Kontingente der Banken (ihre Möglichkeiten, sich Geld bei der Bundesbank zu beschaffen) gesenkt wurden.

Kommt es zur Umkehr in der Preisentwicklung?

Niemand kann heute, wenn er redlich ist, voraussagen, welchen Erfolg Bundes-

regierung und Bundesbank mit ihren stabilitätspolitischen Maßnahmen haben werden. Wird es gelingen, „im Verlauf der nächsten zwölf Monate eine Umkehr der Preisentwicklung zu erreichen, das heißt: von wachsenden zu abnehmenden Preissteigerungsraten zu gelangen“, wie es der Bundeskanzler erwartet? Oder wird das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung mit der Befürchtung recht behalten, die Bundesregierung erreiche nur eine Umverteilung der Ressourcen (der Produktionskräfte) zugunsten des Auslandes, ohne daß sich ein spürbarer und die Inflation dämpfender Nachfrageeffekt in der Bundesrepublik ergäbe? Zu der Erwartung des Bundeskanzlers ließe sich leichter — positiv — Stellung nehmen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik isoliert betrachtet werden könnte; tatsächlich befindet sich unsere Wirtschaft aber in einem engen Verbund mit einer Welt, in der die Konjunktur ebenfalls auf Hochtouren läuft — zum Teil noch schneller als bei uns — und in der die Preise ebenso noch stärker steigen. „Die vielzitierte ‚eine Welt‘ ist damit im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieländer Wirklichkeit geworden — ein faszinierender Prozeß der Integration, leider auch der Inflationsraten²⁾.“

Wahrscheinlich ist die Annahme des Konjunkturberichterstatters der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, daß „die Spitze des Booms gebrochen“ sei³⁾, verfrüht. Die erheblich über die Produktionsmöglichkeiten hinausreichenden Investitionsplanungen für dieses Jahr haben sich zum weitaus größten Teil bereits in Aufträgen niedergeschlagen und werden kaum noch gekürzt werden. Dagegen besteht durchaus eine Chance, daß die Planungen für 1974 durch die Stabilitätsmaßnahmen und nicht zuletzt durch die Geldverknappung beeinflusst werden. Eine spürbare Abkühlung der Konjunktur im Spätherbst und zur Jahreswende 1973/74 liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Doch bedeutet dies noch nicht, daß es gleichzeitig gelingen wird, die Preissteigerungsrate 1974 zunächst auf 6 vH und später noch mehr

herabzudrücken, wie es die Bundesregierung anstrebt.

Die Bundesregierung hätte das Stabilitätsprogramm zu spät vorgelegt, meinen manche Kritiker. Sie übersehen, daß ein erfolgversprechendes Handeln überhaupt erst nach den währungspolitischen Entscheidungen von Mitte März möglich geworden ist, durch die die Bundesrepublik und fünf andere EG-Staaten — denen sich Schweden und Norwegen anschlossen — die Wechselkurse ihrer Währungen gegenüber dem Dollar freigaben (Blockfloaten). Außerdem verlief die Konjunktur noch bis zum Herbst 1972 in einem sehr gemäßigten Tempo, kam dann aber sehr rasch auf eine hohe Tourenzahl — diese starke Beschleunigung sollte bei der Urteilsbildung nicht vergessen werden.

Export- und Investitionsboom

Seit dem Herbst 1972 hat die konjunkturelle Entwicklung in der Industrie, wie das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in seiner jüngsten Konjunkturanalyse meint, „einen Verlauf genommen, der sogar den Auftrieb des Jahres 1968 noch in den Schatten stellt“. So hätten die Aufträge an die Industriefirmen in den wenigen Monaten vom 3. Vierteljahr 1972 bis Ende März 1973 um etwa 33 vH zugenommen gegenüber einer Zunahme von 25 vH im Laufe des Jahres 1968. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Industrieproduktion um 16,5 vH, was ungefähr dem Expansionstempo von 1968 entspricht. Demgemäß sind die *Auftragsbestände* diesmal schnell gewachsen. Ende April waren sie um rund ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor.

Die Konjunktur kam zunächst durch ein explosionsartiges Ansteigen der *Auslandsnachfrage* so rasch auf hohe Touren.

2) Dies stellte der Präsident der Hessischen Landesbank und frühere Kreditexperte der Bundesregierung, Prof. Wilhelm Hankel, in einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ vom 7. 5. 1973 (S. 5) fest.

3) Monatlicher Konjunkturbericht, FAZ vom 13. 6. 1973, Wirtschaftsteil.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres⁴⁾ bestellten ausländische Firmen bei der westdeutschen Industrie etwa ein Drittel mehr als vor Jahresfrist. Dem beginnenden Exportboom folgte eine rasante Entwicklung der *Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern*. In den ersten vier Monaten dieses Jahres gingen die Inlandsbestellungen bei der Investitionsgüterindustrie um knapp ein Viertel über den entsprechenden Vorjahresstand hinaus. Die Reichweite der Auftragsbestände in diesem Industriebereich wird auf gut fünf Monate geschätzt. Die Vorratsinvestitionen wurden ebenfalls kräftig erhöht. Beträchtlich aufgestockt wurden die Lagerbestände, vor allem an Rohstoffen und Halbfertigwaren, wobei der starke Preisanstieg auf den Weltrohstoffmärkten sicherlich zu spekulativen Eindeckungen anregte.

Auch die *Verbrauchernachfrage* weitete sich aus, jedoch längst nicht in dem Ausmaß wie die Investitionen; die *reale* Zuwachsrates des privaten Verbrauchs dürfte im 1. Vierteljahr etwa halb so groß gewesen sein, wie die der Investitionen. Die Käufe beim Einzelhandel übertrafen im März und April 1973 das Vorjahresergebnis um 10 vH. Allerdings wurden etwa zwei Drittel der Mehrausgaben zum Ausgleich der Preissteigerungen benötigt, so daß der *reale* Mehrverbrauch, soweit er aus dem Einzelhandel gedeckt wurde, nur 3 bis 3,5 vH betrug. Da die Einkommen im Vorjahresvergleich nur um rund 9 vH anstiegen, ging die Ausweitung des privaten Verbrauchs teilweise zu Lasten der Ersparnisse. Die Bundesbank hat errechnet, daß die private Ersparnis im 1. Vierteljahr 1973 kaum höher gewesen ist als ein Jahr zuvor. Sie entsprach etwa 13 vH des verfügbaren Einkommens, während die Sparquote vor Jahresfrist 14,5 vH betrug.

Großer Produktivitätszuwachs

Die drängende Nachfrage nach Gütern veranlaßt die Unternehmen, die *Industrieproduktion* bis an die Grenze der Produktionsmöglichkeiten auszuweiten. Diese Grenze ist inzwischen vielleicht schon erreicht. Nach den Ergebnissen des Ifo-Kon-

junkturtests lag der Auslastungsgrad der Sachanlagen in der verarbeitenden Industrie bereits im April saisonbereinigt bei 87,3 vH; ein Prozentpunkt mehr als im *Durchschnitt* des vorangegangenen Konjunkturzyklus 1967/71; binnen Jahresfrist ist er um zwei Prozentpunkte gestiegen. Im März/April war die Industrieproduktion um fast 8 vH größer als ein Jahr zuvor. Dieses Ergebnis wurde mit einer nur wenig erhöhten Beschäftigtenzahl erreicht; der Produktivitätszuwachs war erheblich. Je Beschäftigtenstunde gerechnet, übertraf die industrielle Erzeugung im März/April den Vorjahresstand um etwa 7 vH. Dies schätzt die Bundesbank, außerdem rechnet sie mit einem *realen* Wachstum des Brutto-sozialprodukts im ersten Quartal gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von rund 6 vH⁵⁾.

Im *Exportgeschäft* wurden in den ersten vier Monaten von 1973 Rekordergebnisse erzielt. Die Ausfuhr stieg gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 19 vH. Hierbei haben nur zu einem geringen Teil Preissteigerungen eine Rolle gespielt, da die Lieferungen meist zu Preisen abgerechnet wurden, die schon vor längerer Zeit vereinbart worden waren. Sicherlich **hat** die am Jahresanfang erwartete Aufwertung der DM zu diesem guten Ergebnis wesentlich beigetragen, und es muß abgewartet werden, wie sich die währungspolitischen Maßnahmen in einem längeren Zeitraum auf das Ausfuhrgeschäft auswirken werden. Zunächst ist allerdings die Auslandsnachfrage — im März/April — in ungewöhnlich starkem Maß weiter gestiegen. Immerhin bleibt zu bedenken, daß nach einer Berechnung der Bundesbank die DM am 7. Juni, verglichen mit den Leitkursen von Ende 1972, im Durchschnitt

4) Dieser Bericht wurde am 30. Juni 1973 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über Auftragsengänge und Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel nur bis zum Monat April 1973 vor. Es ist indessen anzunehmen, daß die durch die statistischen Angaben zum Ausdruck kommenden Tendenzen mindestens bis zur Jahresmitte angehalten haben.

5) Diese wie andere hier wiedergegebenen Konjunkturdaten sind dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Juni 1973 entnommen.

aller Länder um 10,5 vH aufgewertet worden ist. Die Aufwertungsraten betragen gegenüber Teilnehmerländern am Gruppenfloaten (auf die 1972 etwa 40 vH des deutschen Außenhandels entfielen) rund 4 vH; den übrigen europäischen Industrieländern (rund 24 vH Anteil) ungefähr 12,5 vH und den USA und Ländern, die ihren Wechselkurs zum Dollar unverändert ließen (15 vH Anteil), etwa 22 vH. Rechnet man die Erhöhung der Ausführpreise von 7 vH hinzu, dann haben Käufer in den USA jetzt für Einfuhren aus der Bundesrepublik ungefähr 30 vH mehr aufzuwenden als vor einem Jahr. Damit wird sicherlich der Kauf mancher Ware in der Bundesrepublik für Amerikaner uninteressant.

Das Dilemma der Stabilitätspolitik

Andererseits wird die den Export erschwerende Tendenz der Aufwertung durch die im Vergleich zur Bundesrepublik stärkeren Preissteigerungen wieder aufgehoben. Wahrscheinlich wird man in keinem anderen Land dem bei uns eingeschlagenen harten Stabilitätskurs folgen. Dies läßt befürchten, daß der erst im März beseitigte außenwirtschaftliche Konflikt mit wichtigen Partnerländern erneut auftritt. Die Kritiker am Stabilitätsprogramm, denen insbesondere die Staatsausgaben nicht genug gekürzt sind, machen es sich zu leicht. Aus mehreren Gründen, vor allem aber, weil sie nicht das Dilemma berücksichtigen, in dem sich die Bundesrepublik befindet: Je schärfer bei uns gebremst wird, um so mehr wird wahrscheinlich die Auslandsnachfrage bei uns überschäumen und preistreibend wirken, um so höher wird der Anteil des Auslands an unserem Sozialprodukt, während wichtige öffentliche Aufgaben in der Bundesrepublik wegen der konjunkturellen Einsparungen nicht befriedigend und zu langsam erfüllt werden. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres betrug der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 11,26 Milliarden DM; 4,1 Milliarden DM mehr als ein Jahr zuvor. Auch darin liegt unser Dilemma: Je erfolgreicher die Bemühungen der

Bundesregierung sein werden, die DM im Verhältnis zu den übrigen Währungen „härter“ zu machen, um so mehr werden die Geldanleger in aller Welt erneut versuchen, ihre flüssigen Gelder in der Bundesrepublik anzulegen.

Erneute Aufwertung der DM

Ende Juni war es bereits wieder soweit. Innerhalb weniger Tage mußte die Bundesbank für rund 4 Milliarden DM Währungen der anderen Mitglieder des europäischen Währungsblocks aufkaufen. Daraufhin beschloß die Bundesregierung am 29. Juni, die DM im Verhältnis zu den Währungen der Blocks (Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen) um 5,5 vH aufzuwerten. Der Anteil dieser Länder am Außenhandel der Bundesrepublik liegt bei 40 vH. Durch die erneute Aufwertung der DM ist die Gefahr, daß das Stabilitätsprogramm in seiner Wirkung durch die hereinströmenden, in DM umzutauschenden Devisen beeinträchtigt oder gar aufgehoben wird, einstweilen beseitigt — aber für wie lange? Zum Glück braucht die Bundesbank nicht mehr den Dollar zu stützen, denn dessen Kurs verschlechterte sich im Laufe des Monats Juni erheblich. Am 29. Juni war er auf 2,425 DM = 1 Dollar gesunken. Das waren 17,3 vH weniger, als der Dollar noch Mitte Mai (2,84 DM) wert gewesen war.

Letztlich sind die Zahlungsbilanzdefizite der USA die Hauptursache der weltweiten Expansion der Geldmenge, die sowohl Antreiber der boomartigen Konjunktur als auch deren Ausdruck ist. So wie die beiden Weltkriege jedesmal zu einer Übersteigerung der Geldmenge geführt hatten, so hinterläßt auch die Finanzierung des Vietnamkrieges nicht so schnell zu beseitigende Spuren in der Wirtschaft der westlichen Welt. *Dr. Klaus Dieter Arndt*, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und SPD-Bundestagsabgeordneter, steht mit seiner Ansicht nicht alleine da, daß die zu starke Geldmengenvermehrung das zentrale Problem des weltweiten Geldwertschwundes

sei. Eine durch internationale Zusammenarbeit möglich werdende gleichmäßigere Entwicklung von Geldmenge und Produktion ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß nationale Stabilitätsprogramme überhaupt erst Erfolg haben können.

Unternehmer zerstören Marktwirtschaft

Eine weitere Hauptursache für den Preisanstieg sieht der DGB „in der fortschreitenden Aufweichung unserer Wettbewerbsordnung“. Unternehmenskonzentrationen, Preisabsprachen, Preisempfehlungen, vor allem aber die Preis- und Gewinnpolitik der internationalen Unternehmen und Konzerne — dies alles höhlt den Wettbewerb aus und führt zum laufenden Anstieg der Preise. Das Stabilitätsprogramm wendet im wesentlichen Mittel der globalen Nachfragesteuerung an. Es beruht auf der Annahme, daß die Preisentwicklung der Konjunktur folgt, daß mit nachlassender Nachfrage sich auch die Preise beruhigen. Diese Annahme trifft aber dort nicht zu, wo die Preisbildung nicht vom Wettbewerb bestimmt wird, weil der Wettbewerbsmechanismus gestört ist oder überhaupt nicht besteht. Die Märkte sind vielfach „vermachtet“, sei es indem ein oder wenige Unternehmen den Markt beherrschen oder indem zwischen — mitunter sogar relativ vielen — Unternehmen Preisabsprachen oder Preisabstimmungen erfolgen; die Ende Juni erfolgte Aktion des Bundeskartellamtes gegen 168 Baufirmen und vier Verbände der Bauindustrie wird möglicherweise bald derartige Praktiken aufhellen. In jedem Falle ist der Wettbewerb eingeschränkt und der Preis nicht an der Nachfrage orientiert; vielmehr handelt es sich um privatwirtschaftlich „administrierte“ (verwaltete) Preise.

Gegen diese Wettbewerbsbeschränkungen müssen über die Kartellnovelle hinaus Maßnahmen ergriffen werden. Darüber, ob und wie der Staat — etwa das Kartellamt — die Preispolitik der Unternehmen dort, wo die Preise nicht durch den Wettbewerb bestimmt sind, überwachen kann, sollte nachgedacht werden. Der DGB hat vorgeschlagen, eine Sachverständigenkom-

mission zur Überprüfung der Preisbildung einzuberufen. Sie soll den Preisbildungsprozeß auf den Märkten, die durch den Einfluß wirtschaftlicher Macht weniger Unternehmen gestört sind, untersuchen. Auf der Grundlage einer solchen Analyse soll die Kommission dann Vorschläge erarbeiten, wie die Preisbildung in diesen vermachteten und von keiner Kartellrechtsnovelle erfaßten Bereichen den allgemeinen Stabilitätszielen untergeordnet werden kann. Zu den wettbewerbsfördernden Maßnahmen gehört aber auch der Ausbau der Verbraucherinformationen durch Warentests und regionale Preisvergleiche.

Wenn von Wettbewerbsbeschränkungen die Rede ist, dann kann man über den Agrarprotektionismus nicht schweigen. Staatssekretär *Grüner* vom Bundeswirtschaftsministerium hat im Juni vor dem Bundestag erklärt, daß die Preise für 23 vH aller von privaten Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen von der Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel mit Hilfe der EG-Agrarmarktordnung beeinflußt werden. Auf das Konto der Agrarmarktordnungen geht ein beträchtlicher Teil des Anstiegs der Nahrungsmittelpreise. Im Mai waren die Nahrungsmittel um 11 vH teurer als ein Jahr zuvor; die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise übertrafen (im April) das Vorjahresniveau um mehr als 15 vH; die Preise für pflanzliche Produkte waren sogar um rund ein Drittel gestiegen. Großenteils ist der Agrarpreisanstieg in diesem Jahr allerdings auch auf knappe Ernten und ein zu geringes Angebot an Schlachtvieh zurückzuführen. Bei besseren Ernteerträgen ist wenigstens bei den Nahrungsmittelpreisen in den nächsten Monaten mit einer Tendenzwende — mit sinkenden Zuwachsraten — zu rechnen.

Gewinne laufen den Löhnen davon

Nicht nur die Preise, auch die Gewinne laufen den Arbeitnehmern davon. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet in einem Sondergutachten, das er Anfang

Mai der Bundesregierung übergab, damit, daß das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in diesem Jahr um rund 17 vH höher ist als 1972, das Bruttoarbeitseinkommen aber nur um 13,5 vH. Netto und pro Kopf gerechnet, ergäbe sich ein Verhältnis von etwa 18 vH (Gewinne) zu 10 vH (Löhne). Dabei ist allerdings das Stabilitätsprogramm, das die Gewinne und hohen Einkommen stärker belastet, noch nicht berücksichtigt; das Verhältnis wird sich wahrscheinlich dadurch etwas zugunsten der Löhne verbessern.

Dennoch bleibt es ein Ärgernis. Die Zurückhaltung der Gewerkschaften in der Lohnpolitik zu Anfang dieses Jahres wurde von den Unternehmern nicht honoriert, sondern mit starken — durch die Lohnerhöhungen weder veranlaßten noch gerechtfertigten — Preissteigerungen beantwortet. Die Gewerkschaften haben ihren Beitrag zur Preisstabilität bereits durch die großenteils Anfang dieses Jahres erfolgten Tarifabschlüsse, die bei 8,5 vH lagen, geleistet. Bis Anfang Mai wurden Tarifverträge für rund 11 Millionen Arbeitnehmer abgeschlossen, die im Durchschnitt eine Erhöhung der Löhne um 8,8 vH erbracht haben. Wegen der Preissteigerungen und der wachsenden Steuer- und Sozialabgabenbelastung ist jedoch eine Erhöhung der Bruttolöhne um 9,5 bis 10 vH erforderlich, um die Kaufkraft der Löhne nicht absinken zu lassen.

Die Gewerkschaften, die Anfang des Jahres ihre Verträge abgeschlossen haben, fühlen sich benachteiligt. Sie fordern Ausgleichszahlungen. Nach Auffassung des Bundesausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der als höchstes Gremium des DGB zwischen zwei Kongressen Anfang Juni in Hamburg tagte, liegt es nunmehr „am Preisverhalten der Unternehmer, ob das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung wirksam wird. Dieser Stabilitätsbeitrag steht noch aus“. In der DGB-Erklärung zur tarifpolitischen Lage heißt es weiter: „Die Gewerkschaften würden ihre Aufgabe grob vernachlässigen, wenn sie es zulassen würden, daß der Lebens-

Standard der Arbeitnehmer absinkt, während die Unternehmergewinne immer rascher wachsen.“ Kommt es nicht zu korrigierenden tarifpolitischen Lösungen, muß für den Herbst mit schweren sozialen Konflikten gerechnet werden.

Günter Pehl